



# HESSISCHER LANDTAG

17.12.2003

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Änderungsantrag der Fraktion der SPD**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über  
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das  
Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004) in der Fassung der  
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses vom 10.12.2003**

**Drucks. 16/1668 zu Drucks. 16/1168 und zu Drucks. 16/834**

- Einzelplan 08 -

Vorbemerkung:

Die Landesregierung legte dem Landtag einen Gesetzentwurf vor, der im Geschäftsbereich des Sozialministeriums erhebliche Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen vorsieht. Der Haushaltsausschuss hat mit CDU-Mehrheit dieser Vorlage zugestimmt.

Die vorgesehenen Kürzungen und Streichungen werden das Netz an sozialen Angeboten in Hessen zerstören und in der Folge zu erheblich höheren Staatsausgaben führen.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die im Einzelplan 08 vorgesehenen Kürzungen und Streichungen bei den freiwilligen Leistungen in Höhe von 30,1 Millionen EUR werden zurück genommen.

Dies betrifft im Einzelnen die folgenden Bereiche:

- Förderung sozialer Einrichtungen von Frauen
- Förderung des Büros für Staatsbürgerliche Frauenarbeit e.V.
- Existenzgründungsprogramm
- Schuldnerberatung
- Beratungsstelle für Arbeitssicherheit im Betrieb
- Bürgerengagement
- Ausbildung statt Sozialhilfe
- Maßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen
- Lokale Beschäftigungsinitiativen
- Hessisches Aktionsprogramm regionale Arbeitsmarktpolitik
- Ausbildung in der Migration
- Betreuungsvereine
- Frauenhäuser
- Frauenbildungsprojekte
- Freie Wohlfahrtspflege an gemeinnützige Organisationen für lfd. Zwecke
- Betreuung von Obdachlosen, Nichtsesshaften und sonstigen Randgruppen
- Fortbildung von Altenpflegekräften
- Eingliederung von behinderten Menschen

- Förderung von Behindertenverbänden
  - Familienentlastende Dienste im Behindertenbereich
  - Landesverband der Gehörlosen
  - Koordinationsbüro für behinderte Frauen
  - Mütterzentren
  - Gegen Gewalt an Kindern
  - Förderung der Familienverbände und sonstige Verbände
  - Förderung der offenen Erziehungshilfe in sozialen Brennpunkten
  - Personalkostenzuschüsse für Erzieher in Jugendwohnheimen
  - Schulsozialarbeit
  - Eltern- und Erziehungsberatungsstellen, Nachbarschaftsheime
  - Familienbildungsstätten
  - Fachstellen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
  - Maßnahmen für straffällige junge Menschen
  - Vorbeugung von Sucht- und Drogenabhängigkeit
  - Förderung der ambulanten Hilfe für Drogenabhängige und Suchtkranke
  - Pro Familia Landesverband Hessen
  - Zuschüsse für Maßnahmen der AIDS-Beratung und -Prävention
  - Hilfe für Tschernobyl
  - Zuschuss an das Institut für analytische Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie
  - Ausbildungsstätten für Fachberufe des Gesundheitswesens
  - Gesundheitsförderung
  - Selbsthilfegruppen
  - Psychiatrische Dienste
  - Zuschuss an das Litauische Gymnasium
  - Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen
  - Betreuung von Aussiedlerkindern und Jugendlichen in Wohnsiedlungen
  - Soziale Stadt
  - Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien
  - Förderung von Integrationsmaßnahmen
2. Die in diesen Bereichen wieder auf die seitherigen Beträge erhöhten Mittel sind zusammen mit den bislang ungekürzten Mitteln für freiwillige Leistungen im Einzelplan 08 zu einem "Sozialbudget" zusammenzufassen und als garantierte Mindestsumme für die Haushalte bis zum Ende der Legislaturperiode festzuschreiben. Damit erhalten die Träger der jeweiligen Maßnahmen ausreichende Planungssicherheit.
3. Die Gegenfinanzierung wird durch folgende Kürzungen sicher gestellt, überschießende Beträge tragen zur Haushaltskonsolidierung bei:
- **Ausstieg aus dem Millionengrab SAP** durch Minderung des Ansatzes bei 17 02 538 71 von 29.960.000 EUR um 15.000.000 EUR auf 14.960.000 EUR sowie
  - durch Minderung des Ansatzes bei 06 16 422 01 von 3.391.700 EUR um 2.543.775 EUR auf 847.925 EUR sowie
  - durch Minderung des Ansatzes bei 06 16 425 01 von 9.606.700 EUR um 7.606.700 EUR auf 2.000.000 EUR

- durch Minderung der Ansätze für Zwischenbehördliche Verrechnung bei jeweils 989 01 von 21.402.558 EUR um insgesamt 15.000.000 EUR auf 6.402.558 EUR
- durch Minderung des Ansatzes bei 17 02 ATG 69 - Maschinelle Aufbereitung - in Höhe von 20.624.500 um 15.325.000 EUR auf 5.299.500 EUR
- **Minderung der überzogenen Ausstattung der neuen Staatskanzlei** durch Kürzung des Ansatzes bei 02 01 812 02 in Höhe von 6.075.000 EUR um 2.025.000 EUR auf 4.050.000 EUR
- **Rückführung der erhöhten persönlichen Verfügungsmittel und Bewirtungskosten des Ministerpräsidenten und seines Kabinetts auf den jeweiligen Stand von 2003** jeweils bei 01 529 01 und 529 04 um insgesamt 237.200. EUR
- **Streichung der beiden alleine aus politischen Gründen geschaffenen Ministerposten in der Staatskanzlei** mit einer Kürzung des Ansatzes bei 02 01 421 01 in Höhe von 432.200 EUR um 268.700 EUR auf 163.500 EUR
- **Kürzung der Förderung der Vertriebenenverbände** durch Minderung des Ansatzes bei 08 44 684 03 - Maßnahmen und Veranstaltungen -in Höhe von 305.200 EUR um 100.200 EUR auf 205.000 EUR
- **Kürzungen der Sonderzuwendung an den Renn-Klub Frankfurt am Main** durch Minderung des Ansatzes bei 09 81 683 48 in Höhe von 125.000 EUR um 125.000 EUR auf 0 EUR
- **Privatisierung der Eliteschule Schloss Hansenberg und Streichung der Zuwendungen** durch Minderung des Ansatzes bei 04 76 ATG 64 in Höhe von 2.369.100 EUR um 2.369.100 EUR auf 0 EUR
- Verkauf der Immobilie und damit Erhöhung des Ansatzes bei 17 04 131 01 - Erlös aus der Veräußerung unbeweglicher Sachen - in Höhe von 30.000.000 EUR um 21.200.000 EUR auf 51.200.000 EUR
- **Kürzungen der Mittel für Veröffentlichungen der Landesregierung** durch Minderung des Ansatzes bei 02 01 529 01 - Zur Verfügung des Ministerpräsidenten zum Zwecke des Informationswesens in Höhe von 360.000 EUR um 58.000 EUR auf 302.000 EUR
- durch Minderung des Ansatzes bei 02 01 529 03 - Zur Verfügung der Landesregierung zur Förderung der Information über das Land und seine staatlichen Aufgaben in Höhe von 1.124.200 EUR um 224.840 EUR auf 899.360 EUR

Wiesbaden, 11.12.2003

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Jürgen Walter**



# HESSISCHER LANDTAG

15.12.2003

Dem  
Haushaltsausschuss  
überwiesen

## Änderungsantrag der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004) in der Fassung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses vom 10.12.2003

Drucks. 16/1668 zu Drucks. 16/1168 und zu Drucks. 16/834

- Einzelplan 08 -

Vorbemerkung:

Die Landesregierung legte dem Landtag einen Gesetzentwurf vor, der im Geschäftsbereich des Sozialministeriums erhebliche Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen vorsieht. Der Haushaltsausschuss hat mit CDU-Mehrheit dieser Vorlage zugestimmt.

Die vorgesehenen Kürzungen und Streichungen werden das Netz an sozialen Angeboten in Hessen zerstören und in der Folge zu erheblich höheren Staatsausgaben führen.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die im Einzelplan 08 vorgesehenen Kürzungen und Streichungen bei den freiwilligen Leistungen in Höhe von 30,1 Millionen EUR werden zurück genommen.

Dies betrifft im Einzelnen die folgenden Bereiche:

- Förderung sozialer Einrichtungen von Frauen
- Förderung des Büros für Staatsbürgerliche Frauenarbeit e.V.
- Existenzgründungsprogramm
- Schuldnerberatung
- Beratungsstelle für Arbeitssicherheit im Betrieb
- Bürgerengagement
- Ausbildung statt Sozialhilfe
- Maßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen
- Lokale Beschäftigungsinitiativen
- Hessisches Aktionsprogramm regionale Arbeitsmarktpolitik
- Ausbildung in der Migration
- Betreuungsvereine
- Frauenhäuser
- Frauenbildungsprojekte
- Freie Wohlfahrtspflege an gemeinnützige Organisationen für lfd. Zwecke
- Betreuung von Obdachlosen, Nichtsesshaften und sonstigen Randgruppen
- Fortbildung von Altenpflegekräften
- Eingliederung von behinderten Menschen

- Förderung von Behindertenverbänden
  - Familienentlastende Dienste im Behindertenbereich
  - Landesverband der Gehörlosen
  - Koordinationsbüro für behinderte Frauen
  - Mütterzentren
  - Gegen Gewalt an Kindern
  - Förderung der Familienverbände und sonstige Verbände
  - Förderung der offenen Erziehungshilfe in sozialen Brennpunkten
  - Personalkostenzuschüsse für Erzieher in Jugendwohnheimen
  - Schulsozialarbeit
  - Eltern- und Erziehungsberatungsstellen, Nachbarschaftsheime
  - Familienbildungsstätten
  - Fachstellen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
  - Maßnahmen für straffällige junge Menschen
  - Vorbeugung von Sucht- und Drogenabhängigkeit
  - Förderung der ambulanten Hilfe für Drogenabhängige und Suchtkranke
  - Pro Familia Landesverband Hessen
  - Zuschüsse für Maßnahmen der AIDS-Beratung und -Prävention
  - Hilfe für Tschernobyl
  - Zuschuss an das Institut für analytische Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie
  - Ausbildungsstätten für Fachberufe des Gesundheitswesens
  - Gesundheitsförderung
  - Selbsthilfegruppen
  - Psychiatrische Dienste
  - Zuschuss an das Litauische Gymnasium
  - Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen
  - Betreuung von Aussiedlerkindern und Jugendlichen in Wohnsiedlungen
  - Soziale Stadt
  - Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien
  - Förderung von Integrationsmaßnahmen
2. Die in diesen Bereichen wieder auf die seitherigen Beträge erhöhten Mittel sind zusammen mit den bislang ungekürzten Mitteln für freiwillige Leistungen im Einzelplan 08 zu einem "Sozialbudget" zusammenzufassen und als garantierte Mindestsumme für die Haushalte bis zum Ende der Legislaturperiode festzuschreiben. Damit erhalten die Träger der jeweiligen Maßnahmen ausreichende Planungssicherheit.
3. Die Gegenfinanzierung wird durch folgende Kürzungen sicher gestellt, überschießende Beträge tragen zur Haushaltskonsolidierung bei:
- **Ausstieg aus dem Millionengrab SAP** durch Minderung des Ansatzes bei 17 02 538 71 von 29.960.000 EUR um 15.000.000 EUR auf 14.960.000 EUR sowie
  - durch Minderung des Ansatzes bei 06 16 422 01 von 3.391.700 EUR um 2.543.775 EUR auf 847.925 EUR sowie
  - durch Minderung des Ansatzes bei 06 16 425 01 von 9.606.700 EUR um 7.606.700 EUR auf 2.000.000 EUR

- durch Minderung der Ansätze für Zwischenbehördliche Verrechnung bei jeweils 989 01 von 21.402.558 EUR um insgesamt 15.000.000 EUR auf 6.402.558 EUR
- durch Minderung des Ansatzes bei 17 02 ATG 69 - Maschinelle Aufbereitung - in Höhe von 20.624.500 um 15.325.000 EUR auf 5.299.500 EUR
- **Minderung der überzogenen Ausstattung der neuen Staatskanzlei** durch Kürzung des Ansatzes bei 02 01 812 02 in Höhe von 6.075.000 EUR um 2.025.000 EUR auf 4.050.000 EUR
- **Rückführung der erhöhten persönlichen Verfügungsmittel und Bewirtungskosten des Ministerpräsidenten und seines Kabinetts auf den jeweiligen Stand von 2003** jeweils bei 01 529 01 und 529 04 um insgesamt 237.200. EUR
- **Streichung der beiden alleine aus politischen Gründen geschaffenen Ministerposten in der Staatskanzlei** mit einer Kürzung des Ansatzes bei 02 01 421 01 in Höhe von 432.200 EUR um 268.700 EUR auf 163.500 EUR
- **Kürzung der Förderung der Vertriebenenverbände** durch Minderung des Ansatzes bei 08 44 684 03 - Maßnahmen und Veranstaltungen -in Höhe von 305.200 EUR um 100.200 EUR auf 205.000 EUR
- **Kürzungen der Sonderzuwendung an den Renn-Klub Frankfurt am Main** durch Minderung des Ansatzes bei 09 81 683 48 in Höhe von 125.000 EUR um 125.000 EUR auf 0 EUR
- **Privatisierung der Eliteschule Schloss Hansenberg und Streichung der Zuwendungen** durch Minderung des Ansatzes bei 04 76 ATG 64 in Höhe von 2.369.100 EUR um 2.369.100 EUR auf 0 EUR
- Verkauf der Immobilie und damit Erhöhung des Ansatzes bei 17 04 131 01 - Erlös aus der Veräußerung unbeweglicher Sachen - in Höhe von 30.000.000 EUR um 21.200.000 EUR auf 51.200.000 EUR
- **Kürzungen der Mittel für Veröffentlichungen der Landesregierung** durch Minderung des Ansatzes bei 02 01 529 01 - Zur Verfügung des Ministerpräsidenten zum Zwecke des Informationswesens in Höhe von 360.000 EUR um 58.000 EUR auf 302.000 EUR
- durch Minderung des Ansatzes bei 02 01 529 03 - Zur Verfügung der Landesregierung zur Förderung der Information über das Land und seine staatlichen Aufgaben in Höhe von 1.124.200 EUR um 224.840 EUR auf 899.360 EUR

Wiesbaden, 11.12.2003

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Jürgen Walter**